AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Pressestelle . Zinnowitzer Str. 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-306 . F: +49 30 420248-630 . E: presse@amnesty.de . W: www.amnesty.de

PRESSEINFORMATION

AMNESTY INTERNATIONAL: 60 JAHRE EINSATZ FÜR DIE MENSCHENRECHTE

„Fighting bad guys since 1961“: Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International setzt sich seit sechs Jahrzehnten dafür ein, dass alle Menschen weltweit dieselben Rechte genießen können. Es ist ein langwieriger, oftmals beinahe zermürbender Kampf gegen Systeme und Regierungen, die positiver Veränderung widerstehen zu versuchen. Heute engagieren sich weltweit mehr als zehn Millionen Unterstützer_innen im Einsatz für eine gerechtere Welt.

Hier finden Sie die Geschichte der Amnesty-Bewegung als Zeitstrahl und kompakten Text, eine Liste mit einigen der großen Erfolge und eine Übersicht über Interviewpartner_innen.

AMNESTY INTERNATIONAL ist eine von Regierungen, politischen Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen unabhängige Menschenrechtsorganisation. Amnesty setzt sich seit 1961 mit Aktionen, Appellbriefen und Dokumentationen für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt ein. Die Organisation hat weltweit mehr als zehn Millionen Unterstützer. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

60 JAHRE AMNESTY INTERNATIONAL

60 JAHRE AMNESTY INTERNATIONAL

28. Mai 1961: Der Artikel »The Forgotten Prisoners« des britischen Anwalts Peter Benenson erscheint im »The Observer«. Er beginnt mit den Worten: »Schlagen Sie Ihre Zeitung an irgendeinem beliebigen Tag auf, und Sie werden eine Meldung aus irgendeinem Teil der Welt lesen: Ein Mensch ist eingekerkert, gefoltert, hingerichtet worden, weil seine Ansichten oder religiösen Überzeugungen nicht mit denen der Regierung übereinstimmen.« Es ist der Beginn von Amnesty International.

download Faksimile

In den 1970er-Jahren beginnt Amnesty mit dem Kampf für die Abschaffung der Todesstrafe. Vollständig abgeschafft haben sie zu dem Zeitpunkt nur etwa 20 Staaten.

1977: Amnesty International erhält den Friedensnobelpreis.

1984: Das »Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe«, das absolute Folterverbot wird in das Völkerrecht aufgenommen.

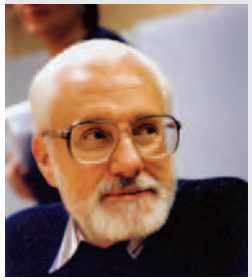
1961 **1968** **1970** **1972** **1973** **1977** **1984** **1985** **1988**

1961: Es entstehen Sektionen in u. a. Großbritannien, Frankreich und Australien. In Westdeutschland gründen Carola Stern, Felix Rexhausen und Gerd Ruge die deutsche Sektion.

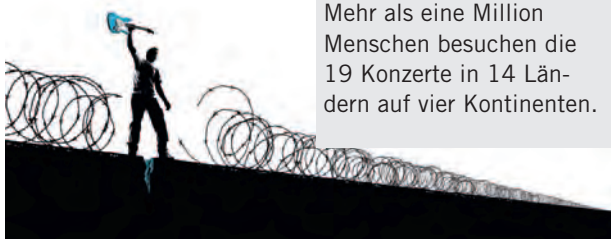
1968: Der südafrikanische kommunistische Schriftsteller Alex La Guma kommt nach jahrelangem Hausarrest frei. Er ist einer der ersten politischen Gefangenen, für die sich Amnesty Deutschland eingesetzt hat. Bis 1970 betreut die Organisation etwa 4.000 Gefangene, 2000 von ihnen kommen frei.

Dezember 1972: Start der ersten weltweiten Kampagne gegen Folter.

19. März 1973: Amnesty startet die erste »Urgent Action«, um den Universitätsprofessor Luiz Rossi in São Paulo aus der Haft der brasilianischen Militärjunta zu befreien. Quasi zeitgleich kommen Briefe aus der ganzen Welt an und erhöhen den Druck auf die Machthaber. Zuerst verbessern sich Rossis Haftbedingungen, dann darf er seine Ehefrau sehen. Am 24. Oktober 1973 kann er das Gefängnis schließlich verlassen.



1985: Amnesty nimmt den Einsatz für Geflüchtete in ihr Mandat auf. Seit Beginn der 1970er-Jahren fliehen vermehrt Oppositionelle und verfolgte Menschen vor den Militärdiktaturen Lateinamerikas und suchen in Europa Asyl. Bis heute stellt das Thema Flucht und Asyl einen Arbeitsschwerpunkt der Organisation dar.



1988: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wird 40 Jahre alt. Auf der »Human Rights Now!«-Tour treten ihr zu Ehren u. a. Bruce Springsteen, Tracy Chapman, Youssou N'Dour, Sting und Peter Gabriel auf. Mehr als eine Million Menschen besuchen die 19 Konzerte in 14 Ländern auf vier Kontinenten.

Hier finden Sie mehr Informationen zu 60 Jahre Amnesty International.

© Amnesty International

1991: Internationale Ratstagung in Yokohama: Amnesty beschließt, ab sofort auch Menschen als gewaltlose politische Gefangene zu betrachten, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden.

1998: Amnesty Deutschland vergibt erstmals den Amnesty International Menschenrechtspreis. Bei der Premiere werden zwölf Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler aus der ganzen Welt ausgezeichnet. Die aktuellen Träger_innen des Preises sind Mitglieder der Crew des Seenotrettungsschiffs Iuventa, denen in Italien politisch motivierte Prozesse drohen, weil sie geflüchtete Menschen im Mittelmeer gerettet haben.

2003: Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte werden Teil des Amnesty-Einsatzgebiets. Dazu gehören zum Beispiel das Recht auf Nahrung, sauberes Wasser und sanitäre Grundversorgung.

2013: Die UN-Vollversammlung verabschiedet das »Arms Trade Treaty«: 20 Jahre lang hat Amnesty auf diesen Moment hingearbeitet. Rüstungsexporte, die zu schweren Verstößen gegen Völkerrecht und Menschenrechte oder zu geschlechtsspezifischer Gewalt beitragen können, werden verboten.

2016: Im Bericht »Leben in Unsicherheit« kritisiert Amnesty den deutschen Staat: Die Strafverfolgungsbehörden sind auch nach ihrem Versagen beim NSU-Skandal nicht in der Lage, entschieden gegen rassistische Gewalt vorzugehen. Die trifft mehr denn je Flüchtlinge und andere People of Color.

1991 **1993** **1998** **2001** **2003** **2010** **2013** **2014** **2016** **2020**

1993: Amnesty fordert die Einrichtung eines unabhängigen internationalen Gerichts zur Verfolgung schwerer Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts. 1998 wird mit dem Römischen Statut die Grundlage für die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs geschaffen, der 2002 seine Arbeit aufnimmt. Schneller geht es mit der Einrichtung eines Hochkommissariats für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen. Diese Institution wird kurz nach einer entsprechenden Forderung Amnesty im Jahr 1993 geschaffen.

2001: Amnesty verurteilt die Anschläge vom 11. September durch islamistische Terroristen. In den darauffolgenden Wochen und Monaten dokumentiert die Organisation auch weltweit Menschenrechtsverletzungen beim sogenannten »Kampf gegen den Terror«. So wurden unter anderem etwa 780 Männer völkerrechtswidrig im Gefangenenlager Guantánamo inhaftiert. Amnesty fordert die Schließung von Guantánamo.

2010: Veröffentlichung des Berichts »Täter unbekannt« zu rechtswidriger Polizeigewalt in Deutschland. Amnesty fordert die Einrichtung unabhängiger Beschwerde- und Untersuchungsstellen.

2014: Die Kampagne »My Body, my Rights« kämpft gegen die Unterdrückung von vor allem Frauen und Mädchen durch Gesetze und gesellschaftliche Zwänge. Jeder Mensch soll das Recht haben, in Fragen sexueller Identität und Fortpflanzung frei und unabhängig entscheiden zu können.

2020: Zwei Themen dominieren die Arbeit von Amnesty: die tödliche Gewalt der US-amerikanischen Polizei gegen Schwarze Menschen und People of Color und die Entstehung der »Black Lives Matter«-Bewegung sowie die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Lage der Menschenrechte weltweit.

Hier finden Sie mehr Informationen zu 60 Jahre Amnesty International.

© Amnesty International

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Pressestelle . Zinnowitzer Str. 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-306 . F: +49 30 420248-630 . E: presse@amnesty.de . W: www.amnesty.de

PRESSEINFORMATION

AMNESTY INTERNATIONAL – WAS WIR ZUSAMMEN ERREICHEN

Amnesty International setzt sich zusammen mit mehr als zehn Millionen Unterstützerinnen und Unterstützern weltweit für die Menschenrechte und Menschlichkeit ein.

Die Arbeit von Amnesty International trägt dazu bei, dass Regierungen ihre Gesetze und Praktiken im Sinne der Menschenrechte ändern. Die Kampagnen-, Lobby-, und Aktionsarbeit haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass es u.a. seit 1987 eine internationale Antifolterkonvention, seit 2002 einen Internationalen Strafgerichtshof, seit 2006 einen UNO-Menschenrechtsrat und seit 2014 einen Waffenkontrollvertrag gibt.

Mit Appellen, Briefen, E-Mails und Petitionsunterschriften beteiligen sich tagtäglich Hunderttausende Menschen weltweit an Amnesty-Aktionen. Hier sind einige der aktuellen Erfolge unserer Einzelfallarbeit.

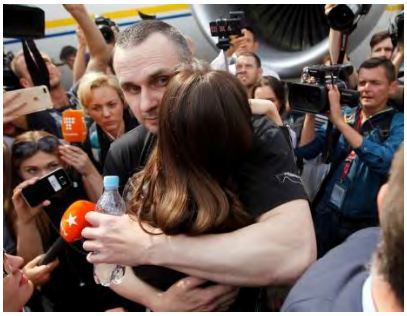
Khaled Drareni
Algerien
2021

Der 41 Jahre alte Journalist Khaled Drareni ist seit elf Monaten in Haft als er im Februar 2021 begnadigt wird. Khaled Drareni war wegen „Gefährdung der nationalen Einheit“ und „Illegaler Versammlung“ zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt worden. Die Vorwürfe bezogen sich auf seine Berichte über die oppositionelle Hirak-Bewegung. Inzwischen hat das Oberste Gericht alle Anklagen fallen gelassen und eine Neuverhandlung seines Falles angeordnet. Amnesty hatte sich u.a. beim weltweiten Briefmarathon 2020 für ihn eingesetzt.

AMNESTY INTERNATIONAL ist eine von Regierungen, politischen Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen unabhängige Menschenrechtsorganisation. Amnesty setzt sich seit 1961 mit Aktionen, Appellbriefen und Dokumentationen für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt ein. Die Organisation hat weltweit mehr als zehn Millionen Unterstützer_innen. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

Shell Nigeria
2021

Der Öl-Konzern Shell muss Entschädigungen für die Umweltverschmutzungen im Niger-Delta zahlen – so urteilte ein Berufungsgericht im niederländischen Den Haag Ende Januar. Ein wichtiger Erfolg für die Betroffenen. Amnesty International setzt sich bereits seit mehr als 20 Jahren für sie ein.



Oleg Sentsov
Russland
2019

Der ukrainische Filmemacher Oleg Sentsov wird nach mehr als fünf Jahren Haft 2019 im Rahmen eines Gefangenenaustauschs zwischen der Ukraine und Russland aus der Haft entlassen. Oleg Sentsov war 2015 des „Terrorismus“ schuldig gesprochen werden, nachdem er die die Besetzung der Krim durch Russland kritisiert hatte.

Digitale Feldforschung
2018

Mithilfe Tausender Satellitenbilder konnte Amnesty nachweisen, dass die US-geführte Koalition ihre Offensive auf die vom sogenannten Islamischen Staat (IS) besetzte Stadt Rakka ohne Rücksicht auf den Schutz der Zivilbevölkerung durchführte. Im Juli 2018 bestätigte die US-geführte Koalition die von Amnesty International publizierten Untersuchungen über zahlreiche zivile Opfer in Rakka.

AMNESTY
INTERNATIONAL

Mahadine
Tschad
2018

Ein Gericht in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena ordnet 2018 die Freilassung des Bloggers Tadjadine Mahamat Babouri, bekannt als Mahadine, an. Er saß seit 2016 in Haft, nachdem er auf Facebook mehrere Videos veröffentlicht hatte, in denen er die Verwaltung öffentlicher Gelder durch die Regierung kritisierte. Amnesty hatte sich beim Briefmarathon 2017 für Mahadine eingesetzt und mehr als eine halbe Million Briefe für seine Freilassung gesammelt.

Moses Akatugba
Nigeria
2015

800.000 Briefe von Amnesty-Engagierten bewegen den Gouverneur des nigerianischen Bundesstaates Delta im Mai 2015 dazu, Moses Akatugba zu begnadigen. Akatugba war von Soldaten im Gefängnis unter massiver Folter dazu gezwungen worden, falsche Geständnisse zu unterschreiben. Er war als 16-Jähriger wegen eines Handy-Diebstahls festgenommen worden.

Waffenhandelskontrollvertrag
UN
2014

Zwei Jahrzehnte lang hat sich Amnesty International für einen starken Internationalen Waffenhandelskontrollvertrag eingesetzt. Im Dezember 2014 tritt dieser „Arms Trade Treaty“ (ATT) in Kraft. Der ATT setzt auf internationaler Ebene völkerrechtlich verbindliche Standards bei der Regelung und der Kontrolle des internationalen Handels mit konventionellen Waffen. Er untersagt ausdrücklich den Waffentransfer in ein Land, wenn das große Risiko besteht, dass mit diesen Waffen Menschrechtsverletzungen oder Verletzungen des humanitären Völkerrechts begangen werden.

Pussy Riot
Russland
2013

Die Pussy Riot-Mitglieder Nadeschda Tolokonnikowa und Maria Aljochina kommen im Dezember 2013 vorzeitig frei. Beide waren gemeinsam mit Jekaterina Samuzewitsch 2012 zu zwei Jahren Haft verurteilt worden, nachdem sie im in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale einen Protestsong gegen Präsident Wladimir Putin aufgeführt hatten. Auch Samuzewitsch wurde später auf Bewährung freigelassen.

Serkalem Fasil
Äthiopien
2007

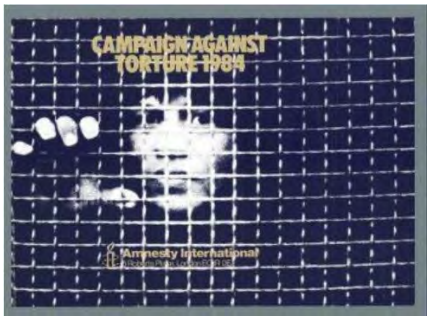
Die äthiopische Journalistin und Publizistin Serkalem Fasil kommt 2007 frei, nachdem sich Tausende Menschen beim Briefmarathon für sie eingesetzt haben. Serkalem Fasil hatte während der Parlamentswahlen in Äthiopien 2005 regierungskritische Artikel veröffentlicht. Daraufhin war sie verhaftet und ins Kaliti-Gefängnis in Addis Abeba gebracht worden. Während ihrer Haftzeit brachte sie im Juni 2006 unter unsäglichen Bedingungen ihren Sohn zur Welt.

Internationaler Strafgerichtshof
Seit 1993

Amnesty International hat sich ab 1993 für einen internationalen Strafgerichtshof (IStGH) eingesetzt, um die für Völkermorde und Kriegsverbrechen Verantwortlichen vor Gericht zu stellen. 1998 wird mit dem Römischen Statut die Grundlage für den International Criminal Court (ICC) geschaffen, der 2002 seine Arbeit aufnimmt.

Abschaffung der Todesstrafe
Seit 1980

Amnesty International startet die erste Kampagne für eine Welt ohne Todesstrafe. Als die Bewegung 1961 gegründet wurde, hatten nur neun Länder staatliche Hinrichtungen aufgegeben. Ende 2020 haben 108 Länder die Todesstrafe abgeschafft. In 144 Ländern (mehr als zwei Drittel aller Staaten) ist die Todesstrafe per Gesetz oder in der Praxis außer Vollzug gesetzt.



Antifolterkonvention
1984

Nach jahrelanger Kampagnenarbeit von Amnesty International und anderen Organisationen verabschiedet 1984 die UN-Generalversammlung die Antifolterkonvention, die Folter unter allen Umständen verbietet. Sie tritt 1987 in Kraft.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Pressestelle . Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-306 . F: +49 30 420248-630 . E: presse@amnesty.de . W: www.amnesty.de

60 JAHRE AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEINFORMATION AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND

EXPERTINNEN UND EXPERTEN

Markus N. Beeko
Generalsekretär

Dr. Julia Duchrow
Stellvertreterin des Generalsekretärs
Leiterin der Abteilung Politik und Activism

Theresa Bergmann
Asien-Expertin mit Schwerpunkten China, Hongkong und Indien

Sumit Bhattacharyya
USA-Experte

Amke Dietert
Türkei-Expertin

Sam Dubberley
Head of Evidence Lab /
Video Verification

Peter Franck
Russland-Experte

Dr. Mathias John
Experte für Rüstung, Wirtschaft und Menschenrechte

Dieter Karg
Iran-Experte

Philipp Krüger
Polizei-Experte

Katharina Masoud
Expertin für Europa mit den Schwerpunkten Belarus, Russland und Türkei sowie für Menschenrechtsverletzungen an Frauen

Mirja Nordhoff
Expertin für das Thema Todesstrafe

Dirk Pleiter
China-Experte

Lena Rohrbach
Expertin für Menschenrechte im Digitalen Zeitalter mit den Schwerpunkten gezielte Online-Überwachung von Medien, Oppositionellen und Menschenrechtsverteidiger_innen, Nachrichtendienste in Deutschland, biometrische Überwachung und Gesichtserkennung

Dr. Maria Scharlau
Expertin für Völkerrecht, Polizei und Rassismus

Franziska Vilmar
Expertin für Asylpolitik

60 JAHRE AMNESTY INTERNATIONAL

Franziska Ulm-Düsterhöft
Afrika-Expertin mit den Schwerpunkten Äthiopien/Eritrea, Nigeria, Sudan

Gerne vermitteln wir Interviews, Podcast-Talks und Hintergrundgespräche mit unseren Expertinnen und Experten. Wenden Sie sich bitte an presse@amnesty.de

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Pressestelle . Zinnowitzer Str. 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-306 . F: +49 30 420248-630 . E: presse@amnesty.de . W: www.amnesty.de

PRESSEINFORMATION

Ungeteilte Menschenrechte und weltweite Menschlichkeit: 60 Jahre Amnesty International

1961-1970: Eine Kerze gegen die Dunkelheit: Der Beginn einer weltweiten Bewegung

„Wenn eine einzelne Person protestiert, bewirkt das nur wenig, aber wenn es viele Leute gleichzeitig tun würden, könnte es einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen."

Am 28. Mai 1961 veröffentlicht der britische Anwalt Peter Benenson in der Zeitung „The Observer" den Artikel „The Forgotten Prisoners", der mit den Worten beginnt: „Schlagen Sie Ihre Zeitung an irgendeinem beliebigen Tag auf, und Sie werden eine Meldung aus irgendeinem Teil der Welt lesen: Ein Mensch ist eingekerkert, gefoltert, hingerichtet worden, weil seine Ansichten oder religiösen Überzeugungen nicht mit denen der Regierung übereinstimmen." Benenson ermuntert die Leserinnen und Leser, mit Appellschreiben öffentlichen Druck auf die Regierungen auszuüben und von ihnen die Freilassung politischer Gefangener zu fordern. Dieser „Appeal for Amnesty" ist der Beginn der Menschenrechtsorganisation Amnesty International.

Dreißig Zeitungen in verschiedenen Ländern drucken den Artikel nach und allein in den ersten Wochen melden sich mehr als Tausend Interessierte**. Am Ende des Jahres 1961 gibt es Sektionen in Westdeutschland, Großbritannien, Irland, den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Schweden, Norwegen, Australien und den USA.** Benenson und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter stellten bewusst den Einsatz für Einzelne in den Mittelpunkt der neuen Bewegung. Im September 1962 wird auf dem internationalen Treffen in Brügge endgültig der Name „Amnesty International" für die noch junge Organisation festgelegt. Nach einem Konfuzius zugeschriebenen Gedanken, den Eleanor Roosevelt, Mit-Initiatorin der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aufgriff, wurde die Kerze im Stacheldraht das Symbol von Amnesty International, denn: „Es ist besser, eine Kerze anzuzünden, als die Dunkelheit zu verfluchen."

Grundlage der Arbeit von Amnesty International ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die 1948 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Jeder Mitgliedstaat der UNO verpflichtet sich, die Erklärung einzuhalten. Amnesty International fordert somit von den Staaten ein, wozu sie sich selbst bekannt haben.

Der Journalist Gerd Ruge und die Publizistin Carola Stern gründen 1961 mit anderen Aktiven die westdeutsche Sektion von Amnesty International. Die erste deutsche, in Köln gegründete Amnesty-Gruppe setzt sich für die Freilassung eines Zeugen Jehovas aus Spanien, des russischen Lyrikers Joseph Brodsky und des südafrikanischen kommunistischen Schriftstellers Alex La Guma ein. Für die beiden Erstgenannten kann Amnesty nichts erreichen, doch La Guma kommt 1968 frei.

AMNESTY INTERNATIONAL ist eine von Regierungen, politischen Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen unabhängige Menschenrechtsorganisation. Amnesty setzt sich seit 1961 mit Aktionen, Appellbriefen und Dokumentationen für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt ein. Die Organisation hat weltweit mehr als zehn Millionen Unterstützer. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

Am Ende des Gründungsjahrzehnts kann Amnesty International eine beeindruckende Bilanz ziehen: zwischen 1961 und 1970 hatte sich die Organisation insgesamt für bereits 4.000 Gefangene eingesetzt – 2.000 von ihnen kommen frei. Heute ist Amnesty International eine weltweite Bewegung, die in über 150 Ländern vertreten ist. **Über 10 Millionen Mitglieder setzen sich dafür ein, dass auch 60 Jahre nach Benensons Appell die politischen Gefangenen dieser Welt nicht vergessen werden.**

1971-1979: Auf Leben und Tod: Mit Eilaktionen gegen die Todesstrafe und Folter

Eine der bis heute wirksamsten Methoden von Amnesty International sind die Urgent Actions, Eilaktionen, mit denen weltweit sehr schnell reagiert werden kann. An den Eilaktionen können sich Interessierte weltweit beteiligen, auch wenn sie nicht Mitglied bei Amnesty International sind. Bis heute hat dieser rasche und massive Protest Tausenden von Menschen das Leben gerettet und rund ein Drittel der Urgent Actions zieht positive Meldungen nach sich: Freilassungen, Hafterleichterungen, die Aufhebung von Todesurteilen oder auch Anklagen gegen die Verantwortlichen von Menschenrechtsverletzungen.

Am 19. März 1973 startet Amnesty die erste Urgent Action: In vielen Briefen aus der ganzen Welt, die quasi gleichzeitig ankommen, wird die brasilianische Militärjunta zur Freilassung des Universitätsprofessors Luiz Rossi in São Paulo aufgefordert. Wegen der vielen Briefe gelingt es seiner Frau, einzufordern, Luiz Rossi für wenige Minuten zu sprechen – das macht ihm Hoffnung, weil er nun weiß, dass seine Situation öffentlich wahrgenommen wird. Tatsächlich verbessern sich seine Haftbedingungen und am 24. Oktober 1973 ist Luiz Rossi frei.

In den 1970ern ist die Abschaffung der Todesstrafe eines der wichtigsten Anliegen von Amnesty International. Zu dem Zeitpunkt haben nur rund zwanzig Staaten die Todesstrafe vollständig abgeschafft – heute sind es 144. **Amnesty International kämpft weiter für eine Welt ohne Todesstrafe.**

Im Dezember 1972 startet Amnesty International die erste weltweite „Kampagne zur Abschaffung der Folter". Schon zwölf Monate später wird bei den Vereinten Nationen eine Antifolterpetition mit weit über einer Million Unterschriften eingereicht. Kurz darauf fordert die UNO-Vollversammlung in einer einstimmig verabschiedeten Resolution, das Folterverbot stärker zu beachten. 1984 wird mit dem „Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe" das absolute Folterverbot völkerrechtlich verbindlich.

1977 wird Amnesty International mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Diese Anerkennung macht es menschenrechtsverletzenden Regimen noch schwieriger, Amnesty International zu ignorieren. Der damalige Vorsitzende des internationalen Amnesty-Vorstands und spätere Menschenrechtskommissar des Europarates, Thomas Hammarberg, nimmt den Preis entgegen.

1980-1988: Menschen auf der Flucht

Seit Beginn der 1970er Jahren fliehen vermehrt Oppositionelle und verfolgte Menschen vor den Militärdiktaturen Lateinamerikas und suchen in Europa Asyl. Immer mehr Asylsuchende wenden sich an Amnesty International.

1985 wird der Einsatz für Flüchtlinge im Mandat von Amnesty verankert – Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Gewalt und Verfolgung. In Deutschland leisten die ehrenamtlichen Mitglieder der Asylgruppen einen sehr wichtigen Beitrag in der Flüchtlings- und Asylarbeit mit asylrechtlicher Beratung für Geflüchtete. Im Fokus steht vor allem die restriktive Flüchtlingspolitik der Europäischen Union, die die Außengrenzen immer stärker bewachen lässt und Europa zu einer Festung gegen Menschen auf der Flucht umbaut.

Stand: Mai 2021

AMNESTY INTERNATIONAL

Die Arbeit von Amnesty findet weltweit immer mehr Unterstützung – 1985 hat Amnesty 500.000 Mitglieder und es gibt fast 3.500 Gruppen in 50 Staaten.

Zum 40-jährigen Geburtstag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1988 gehen internationale Stars wie Bruce Springsteen, Sting, Peter Gabriel, Tracy Chapman und Youssou N'Dour für Amnesty International auf „Human Rights Now!"-Tour und geben 19 Konzerte in 14 Ländern auf vier Kontinenten. Mehr als eine Million Menschen besuchen die Konzerte, knapp eine Milliarde Zuschauerinnen und Zuschauer verfolgen die Übertragungen vor den Bildschirmen.

1989-2000: Die Welt ändert sich

Das Ende des Kalten Krieges erleichtert das Leben der Menschen und die Menschenrechtsarbeit in vielen Ländern des ehemaligen Ostblocks. Mit großem ehrenamtlichem Engagement werden neue Gruppen aufgebaut – in den 1990er Jahren gibt es weltweit bereits 7.500 Gruppen.

Amnesty International erweitert ihren Fokus und beschließt 1991 auf ihrer Internationalen Ratstagung in Yokohama in Zukunft nicht nur Menschenrechtsverletzungen von Staaten publik zu machen, sondern auch Verstöße durch bewaffnete Gruppierungen. Auch Menschen, die ausschließlich wegen ihrer sexuellen Orientierung inhaftiert wurden, werden fortan als gewaltlose politische Gefangene betrachtet.

Seit 1993 fordert Amnesty International die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs, der frei von politischer Einflussnahme durch einzelne Staaten für schwere Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts zuständig sein soll. 1998 wird mit dem Römischen Statut die Grundlage für die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs geschaffen, der 2002 seine Arbeit aufnimmt.

Ein weiterer internationaler Erfolg ist 1993 die Einrichtung des Hochkommissariats für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen, das Amnesty International im selben Jahr während der UNO-Weltkonferenz in Wien fordert.

Amnesty International in Deutschland ehrt seit 1998 Menschen, die sich für Menschenrechte einsetzen mit einem Menschenrechtspreis. Die ersten zwölf Preisträgerinnen und Preisträger aus der ganzen Welt werden geehrt für ihr „Eintreten für die, die Angst haben und für die, die sich nicht wehren können oder dürfen", wie es in der Laudatio heißt.

Preisträgerinnen und Preisträger der folgenden Jahre sind die türkische Anwältin **Eren Keskin**, die bis heute immer wieder drangsaliert wird, die russische Menschenrechtsverteidigerin **Swetlana Gannuschkina**, **Monira Rahman**, deren Organisation die Opfer von Säureattentaten in Bangladesch unterstützt, die Organisation **Women of Zimbabwe Arise**, **Abel Barrera Hernández** aus Mexiko und das von ihm gegründete Menschenrechtszentrum Tlachinollan, **Alice Nkom** aus Kamerun und die Organisation Association pour la Défense des Droits des Homosexuel(le)s, **Henri Tiphagne**, Rechtsanwalt und Gründer der indischen Menschenrechtsorganisation People's Watch, die **Ärztinnen und Gründerinnen des Nadeem-Zentrums** für die Rehabilitation von Folter- und Gewaltopfern in Kairo und zuletzt **die Besatzung des Seenotrettungsschiffs Iuventa**, denen in Italien Anklage für ihren Einsatz für geflüchtete Menschen droht.

2001-2011: Für ein Leben in Würde

Etwa 3.000 Menschen sterben am 11. September 2001 in den USA durch islamistische Terroristen. Amnesty International verurteilte die Anschläge scharf. Allerdings hat der folgende „Kampf gegen den Terror“ weltweit Menschenrechtsverletzungen zur Folge – das Gefangenenlager Guantánamo ist nur ein Beispiel: Die Vereinigten Staaten inhaftieren rund 780 Männer völkerrechtswidrig ohne Anklage oder Gerichtsverfahren. **Amnesty International fordert von der US-Regierung, nicht nur das symbolträchtige Gefangenenlager in Guantánamo zu schließen, sondern jedwede illegale Haft zu beenden und rechtsstaatliche Verfahren anzuwenden.**

Seit 2003 setzt sich Amnesty International für die Achtung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ein. Dazu gehören das Recht auf Nahrung, auf Wasser und sanitäre Grundversorgung, auf Gesundheit und auf Bildung. Doch viele Staaten verweigern ihren Bürgerinnen und Bürgern diese Rechte. **Armut ist in vielen Fällen die Folge von Menschenrechtsverletzungen, gleichzeitig führen Menschenrechtsverletzungen tiefer in die Armut.** Menschen in Armut werden zudem besonders oft Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Gerade sie sind darauf angewiesen, dass der Staat ihre Rechte respektiert. Wer nicht lesen und schreiben kann, kennt oft seine Rechte nicht gut genug und ist staatlicher Willkür ausgesetzt. Wer ständig schikaniert wird, fühlt sich ohnmächtig. Wer nie gefragt wird, verliert seine Stimme.

Besonders betroffen von mangelnder Anerkennung ihrer Menschenrechte sind oft Frauen. Oft in allen Lebensbereichen diskriminiert, erhalten sie in vielen Ländern keinen Zugang zu Informationen über sichere und selbstbestimmte Sexualität. Verhütungsmittel und Familienplanung.

Am 25. Juli 2005 stirbt Amnesty-Gründer Peter Benenson im Alter von 83 Jahren.

Auch in Deutschland wird Amnesty International aktiv: Im Juni 2010 macht der Bericht „Täter unbekannt“ Fälle von rechtswidriger Polizeigewalt öffentlich und fordert, dass diese als Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols von unabhängigen Ermittlerinnen und Ermittlern aufgeklärt und verfolgt werden müssen.

2011-2021: Menschlichkeit in der ganzen Welt stärken - Online wie Offline

Auch 60 Jahre nach der Gründung von Amnesty International setzen sich Menschen für Menschenrechte ein, weltweit, jeden Tag neu und auf vielfältigste Weise. 2021 erhält Amnesty International Unterstützung von mittlerweile 10 Millionen Menschen auf der ganzen Welt!

Dabei hat sich der Blick geweitet – Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus, für das Recht der sexuellen Selbstbestimmung, für die Rechte von geflüchteten Menschen und die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Amnesty International verfolgt das Ziel, Gesellschaften so zu gestalten, dass Menschenwürde und Menschenrechte weder für Einzelne noch für Gruppen gefährdet sind.

Eine wesentliche Herausforderung weltweit ist in den 2010er-Jahren die Verdoppelung der Geflüchteten weltweit. Ende 2019 befinden sich 79,5 Millionen weltweit auf der Flucht, 33,8 Millionen davon außerhalb ihres Heimatlandes, 4,2 Millionen von ihnen (darunter 400.000 unbegleitete Kinder) suchen Asyl. Seit 2010 hat sich die Zahl geflüchteter Menschen nach Angaben der UN damit verdoppelt. Sie sind Menschenrechtsverletzungen häufig schutzlos ausgeliefert. Amnesty International setzt sich für den Schutz von geflüchteten Menschen ein, für faire Asylverfahren und die Entwicklung eines solidarischen Asylsystems in Europa.

Stand: Mai 2021

AMNESTY INTERNATIONAL

20 Jahre lang hat sich Amnesty International für eine globale Kontrolle von Waffen stark gemacht. Am 2. April 2013 beschließt die UN-Vollversammlung im „Arms Trade Treaty“ alle Rüstungsexporte zu verbieten, die zu Völkerrechtsverbrechen, Menschenrechtsverletzungen, geschlechtsspezifischer Gewalt oder anderen Verbrechen beitragen können.

In vielen Ländern wird insbesondere Mädchen und jungen Frauen durch Gesetze und Traditionen das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper verweigert. 2014 setzt sich Amnesty International mit „My Body, My Rights“ dafür ein, dass jeder Mensch das Recht hat, über Fragen, die den Körper, die sexuelle Identität und die Fortpflanzung betreffen, frei und unabhängig zu entscheiden.

2016 bringt Amnesty den Bericht „Leben in Unsicherheit“ heraus und kritisiert den deutschen Staat: Die Strafverfolgungsbehörden sind auch nach ihrem Versagen beim NSU-Skandal nicht in der Lage, entschieden gegen rassistische Gewalt vorzugehen. Die trifft mehr denn je Geflüchtete und andere People of Color.

2020 erhebt Amnesty International ihre Stimme für die Black-Lives-Matter-Bewegung in den USA. Tödliche Gewalt gegen Schwarze Menschen und People of Colour in den USA hängt mit der rassistischen Diskriminierung durch Polizei und Sicherheitskräfte zusammen.

Die fortschreitende Digitalisierung eröffnet neue Chancen in der globalen Menschenrechtsarbeit. Andererseits bedrohen digitale Überwachungsmechanismen vor allem auch Menschen, die sich für Menschenrechte stark machen. Allein 2016 wurden in 55 Ländern Menschen inhaftiert, nur weil sie online ihr Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen hatten. Gleichzeitig leiden Menschen, die im Internet für Aufklärung und Transparenz sorgen, für Freiheitsrechte und Menschenrechte einstehen oder einfach nur ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen, zunehmend unter organisierter „Hate Speech“.

Die Art und Weise wie Regierungen weltweit auf die Corona-Pandemie reagieren, wird sich auf die Rechte von Millionen von Menschen auswirken. **Ohne einen fairen Zugang zu Impfstoffen und Medikamenten werden Menschen, die schon in der Vergangenheit marginalisiert und diskriminiert wurden, unverhältnismäßig stark betroffen sein.** Dies gilt auch für Menschen, die in überfüllten Flüchtlingslagern unter unzureichenden hygienischen Bedingungen leben. Menschenrechtskrisen und Menschenrechtsverletzungen in aller Welt dürfen trotz der Corona-Pandemie nicht aus dem Blick der Öffentlichkeit geraten.

Das bekommt Amnesty International am eigenen Beispiel zu spüren. **60 Jahre nach Gründung gerät Amnesty International selbst so stark unter Druck, wie nie zuvor:**

2020 werden in der Türkei mit Taner Kılıç und İdil Eser zum ersten Mal Vertreterinnen und Vertreter von Amnesty International für ihre Menschenrechtsarbeit zu Haftstrafen verurteilt. Ein einmaliger Rechtsbruch in der nun 60-jährigen Geschichte der Menschenrechtsorganisation.

2021 zwingt die Regierung Indiens die Amnesty-Sektion dazu, die Menschenrechtsarbeit und Recherche in Indien vorerst einzustellen. Dies ist Teil der Bemühungen der Regierung, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen und ein Klima der Angst zu schüren – in der größten Demokratie der Welt.

Mehr denn je müssen wir die Menschenrechte und die weltweite Menschlichkeit entschlossen verteidigen, denn am stärksten sind wir gemeinsam.

Stand: Mai 2021

AMNESTY INTERNATIONAL